

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 11 · 42. Jahrgang · 15. Wahlperiode · 16.11.2011

Geldnot

Viele Kommunen stehen vor leeren Kassen. Um trotzdem weiterhin funktionieren zu können, brauchen sie Geld: Sei es vom Land, sei es aus Bankkrediten. Wie soll es weitergehen?

S. 2, 15

Geburtsstunde

Ein neue Schule erblickt das Licht der Welt: die Sekundarschule. Eine große Koalition von CDU, SPD und Grünen gießt ihren Kompromiss in Gesetzesform und ändert die Landesverfassung.

S. 5

Grundsatzfragen

Weltweite Dürreperioden und Überflutungen führen zu verstärkten Debatten über den Klimawandel. Die Landesregierung legt ein Klimaschutzgesetz vor und erntet im Parlament Lob und Kritik.

S. 8

Gemeinschaft

Auf vielen Feldern sind Landes- und Europapolitik verknüpft. Umso mehr ist europapolitisches Engagement auch für den Landtag bedeutend. Ein Überblick über Möglichkeiten der Mitsprache.

S. 9-11,13

Flagge zeigen

Der Landtag NRW – in Europa präsent

Ein Parlament im Herzen Europas

Europa ist in aller Munde. Die Debatten um den Euro und die Zukunft Griechenlands in der Währungsunion bestimmen seit vielen Wochen die Nachrichten und ebenso die öffentliche Wahrnehmung europäischer Politik. Doch Europa ist weit mehr. Die Politik in der Europäischen Union ist geprägt von der Vielfalt der 27 Mitgliedstaaten und ihrer Regionen. Deren Rolle im europäischen Entscheidungsgefüge wurde mit dem Vertrag von Lissabon Anfang 2009 deutlich gestärkt. Ein bürgernahes Europa, das wissen auch die Akteure auf europäischem Parkett, ist ohne die Mitwirkung seiner Regionen nicht zu machen. Denn zuallererst in den Regionen, in den Kommunen und auf Landesebene, kommen Menschen mit europäischer Politik alltäglich in Kontakt.

Damit stellt sich die Frage: Welchen Platz nimmt Nordrhein-Westfalen im europäischen Miteinander ein? NRW sei eine deutsche Region in Europa und zugleich eine europäische Region in Deutschland, so Professor Dr. Hein Hoebink, Inhaber der Jean-Monnet-Professur für europäische Integration an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Historisch und kulturell, wirtschaftlich, sozial und politisch sei das Land eng mit der Entwicklung Europas verbunden. Mit anderen Worten: Nordrhein-Westfalen ist mit seinen fast 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern eine Region im Herzen Europas. Allein gemessen an der Bevölkerungszahl wäre NRW der siebtgrößte Mitgliedstaat in der Europäischen Union.

Klar ist daher: Die europäische Idee muss regional verankert sein. Deshalb ist Europapolitik auch für die Volksvertretung, den Landtag NRW, von großer Bedeutung. Hinzu kommt, dass viele Entscheidungen des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission sowohl die Landes- als auch die Kommunalpolitik direkt betreffen. Umso wichtiger ist es für das Landesparlament, sich frühzeitig über Vorhaben der europäischen Rechtsetzung zu informieren und, falls nötig, eigene Positionen kundzutun.

EUROPAPOLITIK – KOMPLEX, ABER KONKRET

Die Abgeordneten des Landtags NRW engagieren sich auf vielfältige Art und Weise, damit die Stimme Nordrhein-Westfalens in Europa gehört wird. An erster Stelle genannt sei der Fachausschuss für Europa und Eine Welt, der zu Beginn der laufenden Wahlperiode eingerichtet wurde und der sich federführend mit Europapolitik aus Landessicht befasst. Einblicke in die europapolitische Arbeit des Landesparlaments soll das vorliegende Heft im Schwerpunkt bieten. Die Berichte und die Beiträge der europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher der fünf Landtagsfraktionen zeigen: Europapolitik ist zwar komplex, aber alles andere als abstrakt. Europa ist konkret und damit in der Vielfalt der Themen auch landespolitisch gestaltbar.

SW



Schwerpunkt: Europa

Mit Europa eng verknüpft	9
Schlag auf Schlag	10-11
„Eine neue Qualität“	13

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Kommunales I: Borgen macht Sorgen	3
Finanzen: „Gefahr für Demokratie“	4
Schule: Die Sekundarschule kommt	5
Soziales: Signal nach Berlin	6
Kommunales II: Das NKF in der Praxis	7
Umwelt: Unsere Erde, unser Land	8

Aus den Ausschüssen:

Kommunales III: „Der Reifen verliert weiterhin Luft“	14
Kultur: Rettungsschirm für die Musen?	15
Integration: Teil haben	18
Gesetzgebung	12
Aus den Fraktionen	16-17
Portrait: Ralf Witzel (FDP)	19
Impressum	19
Termine	20



Borgen macht Sorgen

Gibt es eine „Kreditklemme“ für Kommunen?

19. Oktober 2011 – Zahlreiche Kommunen sind auf Kredite angewiesen, um ihre laufenden Kosten bezahlen zu können. Die Banken könnten diese Kredite nun insbesondere für Not leidende Städte und Gemeinden einschränken, befürchtet die CDU-Fraktion und beantragte mit Blick auf eine mögliche „Kreditklemme“ eine Aktuelle Stunde. Insbesondere ging es um Liquiditäts- oder Kassenkredite, mit denen Verwaltungsausgaben vorfinanziert werden. Man könne eine solche Situation auch herbeireden, antworteten SPD, Grüne und FDP. Folge seien dann höhere Zinslasten für die öffentliche Hand. Man müsse die Kreditfinanzierung der Städte und Gemeinden von den Finanzmärkten abkoppeln, meinte die Linke und forderte eine öffentliche Bank für Kommunalkredite.

Die Kommunalkredite seien eine „tickende Zeitbombe“, warnte **Bodo Löttgen** (CDU). Es sei Grund zu höchster Sorge, wenn eine Bank wie die WL-Bank als regionaler Kommunalfinanzierer erkläre, Not leidenden Städten und Gemeinden keine Kredite mehr zu gewähren. Insgesamt mehrten sich die Anzeichen für eine Krise des herkömmlichen Systems der Finanzierung der Kommunen. Diese würden künftig schwerer an Geld kommen, befürchtete der CDU-Sprecher. Der wichtigste Grund hierfür sei das ungebrochene Schuldenwachstum der Städte und Gemeinden. Das geplante Stärkungspaktgesetz der Landesregierung missachte das gemeinsame Ziel, Kassenkredite abzubauen.

„Sie reden hier die Probleme herbei“, antwortete **Michael Hübner** (SPD) und warnte vor einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Die Beantragung der Aktuellen Stunde zu einer ange-

lichen Kreditklemme sei in der „angespannten politisch-psychologischen Lage“ auf den Finanzmärkten nicht gerade hilfreich. Denn die wichtigste Währung an den Finanzmärkten sei Vertrauen. Daher erweise die CDU den Städten und Gemeinden einen Bärendienst. Es gebe weiterhin genügend Finanzierungsangebote anderer Banken für Kommunalkredite, dies meine auch die Landesregierung. Die CDU solle ihren Einfluss in Berlin nutzen, damit der Bund den Kommunen mehr helfe.

In der CDU-Fraktion sei mit Blick auf die Kommunen ein Umdenkungsprozess im Gange, meinte **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne). Wenn man allerdings eine Kreditklemme „kultiviere“ und behauptete, die Kommunen seien am Rande der Zahlungsfähigkeit, dann führe dies zu einer Verteuerung der benötigten Kredite. „Es wäre fahrlässig, das bewusst herbeizureden“,

Kommunalminister Ralf Jäger (r.) folgt der Rede des CDU-Abgeordneten Bodo Löttgen. Foto: Schälte

so der Grüne. Rot-Grün habe mit dem Nachtragshaushalt 2010 die Gemeindefinanzierung um 330 Millionen Euro aufgestockt und im Haushalt 2011 rund 350 Millionen Euro für die Kommunen vorgesehen. Dieses Geld ver falle, wenn man hierzu nicht ein Gesetz wie das Stärkungspaktgesetz beschließe.

„Kommunen sind Landeskinder und können nicht pleite gehen“, erläuterte **Horst Engel** (FDP). Aufgrund ihrer quasi unbegrenzten Zahlungsfähigkeit erhielten sie derzeit auch so „unglaublich günstige Kredite“. Man könne aber eine Kreditklemme auch herbeireden, warnte Engel vor falschen politischen Signalen und einem Schlechttreden des Haftungsverbunds von Bund, Ländern und Kommunen. Wenn Banken aufgrund kommender Vorschriften (Basel III) nur noch das 33-fache ihres Kernkapitals verleihen dürften, werde es mit den „Traumzinsen“ für die Kommunen bald vorbei sein. Die Lösung für den FDP-Sprecher: „Wir müssen weg von der Verschuldungspolitik.“

Die eigentlichen Brandstifter erkannte **Özlem Alev Demirel** (Linke) in den Kreditmärkten. Daher sei es falsch, sich gegenseitig zu beschimpfen. Man müsse die Finanzmärkte „an die Kandare nehmen“ und die öffentliche Hand aus ihrer Abhängigkeit befreien. „Wir wollen das Diktat der Finanzmärkte durchbrechen. Wir fordern die Vergesellschaftung der Banken“, so Demirel. Es dürfe nicht sein, dass sich die Banken billiges Geld von der Europäischen Zentralbank besorgen und dies teuer an die öffentliche Hand ausliehen. Daher müsse man die Kreditvermittlung von den Finanzmärkten entkoppeln und eine öffentliche Bank für Kommunalkredite schaffen.

Die Beantragung der Aktuellen Stunde sei töricht und mutig zugleich, kommentierte **Kommunalminister Ralf Jäger** (SPD). Es sei willkürlich und leichtfertig, ein Problem im Kreditsektor herbeizureden. Die Kritik der CDU wies Jäger mit Hinweis auf die schwarz-gelbe Regierungszeit von 2005 bis 2010 zurück. In dieser Zeit hätten sich die kommunalen Liquiditätskredite von 10 auf 20 Milliarden Euro verdoppelt. Der Minister begrüßte, dass man sich jetzt fraktionsübergreifend darüber einig sei, dass man helfen müsse, und nur noch über die richtige Hilfe streite. Für eine Gesamtlösung müsse der Bund allerdings mehr Verantwortung übernehmen.

cw

„Gefahr für Demokratie“

Finanzkrise: Einigkeit in Analyse, Unterschiede bei Lösungswegen

20. Oktober 2011 – Das Thema Finanz- und Bankenkrise stand auf Antrag von SPD und Grünen (Drs. 15/3023) in Verbindung mit einem Antrag der Linken (Drs. 15/3024) im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. Politikerinnen und Politiker aller Fraktionen zeigten dabei Verständnis für die weltweiten Proteste gegen die Banken und Finanzmärkte. Diese seien Ausdruck der Sorge der Menschen, auch der Sorge um die Demokratie.

„Die Auswirkungen dieser Krise schlagen bis nach Nordrhein-Westfalen durch“, meinte Hans-Willi Körfges (SPD). Mittlerweile habe man es auch mit einer Bürgerbewegung zu tun, die ganz offensichtlich nicht nur die Finanzmärkte, sondern auch die Politik in Frage stelle. Insbesondere richte sich der Protest gegen eine Politik, die an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit komme, gegen „politischen Fatalismus“ sowie gegen „Ignoranz gegenüber den Auswüchsen an den Finanzmärkten“. Es reiche keine „Betroffenheitsrhetorik“, wenn Hedgefonds gegen Staaten, auf Staatsbankrotte, spekulieren könnten. Daher müsse man auch über die Banken sprechen.

Gegen den Begriff der „marktkonformen Demokratie“ der Bundeskanzlerin wandte sich Stefan Engstfeld (Grüne). Diese stehe diametral zu den Grundwerten der demokratischen Kultur und sei Sinnbild für die Angst der Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig falle Deutschland auf europäischer Ebene als Führungskraft aus. Das aktuelle „Zaudern und Zögern“ verlängere und verteuere die Krise, so der Grünen-Sprecher. Notwendig sei die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsunion mit einer einheitlichen Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik. Banken müssten einer einheitlichen Aufsicht unterliegen, was Deutschland bislang gebremst habe.

Heute seien die Parlamente entmachtet, erklärte Rüdiger Sagel (Linke). Banken entschieden über Staatshaushalte und hätten sich für den Verlustfall selbst verstaatlicht. Dies bedeute eine existenzielle Bedrohung des Staates. Eine Kontrolle der Finanzwelt sei nicht mehr gegeben, ein Kurswechsel notwendig. „Die Menschen brauchen einen Schutzschirm für Löhne, für Renten, für Sozialleistungen statt immer wieder neue Rettungspakete für die Banken.“ Daher unterstütze die Linke die Proteste gegen die „Diktatur der Finanzmärkte“. Sie fordere ebenso wie der Internationale Währungsfonds, die großen privaten Banken öffentlich-rechtlich zu gestalten.

Es könne nicht sein, so Armin Laschet (CDU), dass 63 Billionen Dollar, die weltweit durch Arbeit und Dienstleistungen erarbeitet würden, rund 955 Billionen Dollar gegenüberstünden, die in Finanz- und Devisengeschäften um die Welt kreisten. Daher müsse man die Soziale Marktwirtschaft wieder handlungsfähig machen. Zweitens brauche man eine europäische Haushaltsunion, kontrolliert von einer demokratisch legitimierten Institution. „Haushaltsrechte müssen bei denen, die Mitglied der Währungsunion sind, eingeschränkt werden.“ Um sich nicht in die Hände der Spekulanten zu begeben, müsse man drittens mit einer Haushaltskonsolidierung beginnen.

Vor dem Hintergrund der Schuldenkrise warnte Angela Freimuth (FDP) vor populistischen Kampagnen. Man nehme die Proteste ernst, denn diese drückten Skepsis, Sorge, vielleicht sogar Angst davor aus, dass die demokratisch legitimierte Regierungen nicht mehr die Handelnden, sondern die von den Märkten Getriebenen seien. Mit Hinweis auf die WestLB warnte die FDP-Sprecherin allerdings vor einer Verstaatlichung von Banken. Des Weiteren könne eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken zu verschlechterten Kreditbedingungen führen. Auch bringe diese keine Sicherheit, wie die Auswirkungen des Zusammenbruchs der Investmentbank Lehman zeigten.

Es gehe nicht mehr nur um eine Wirtschafts- und Bankenkrise, sondern um eine Systemkrise, so Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD). Die Banken hätten aus den Jahren seit 2008 keine Lehren gezogen, also müsse man handeln. „Das Problem ist ja nicht, dass die Soziale Marktwirtschaft nicht funktioniert, sondern dass sie nicht mehr sozial ist“, zeigte der Minister „uneingeschränkte Sympathie“ dafür, dass Menschen einem entfestelten Finanzmarkt nun die rote Karte zeigten. Angesichts des neuen Währungsraums rund um China warnte der Minister aber vor einer „D-Mark Nostalgie“. Selbst die Schweiz sei gezwungen, ihre Währung an den Euro zu koppeln.

Vor einer „Krise der Demokratie“ warnte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Diese lasse sich nur durch große Einigkeit verhindern. Kraft wandte sich gegen die Macht der drei großen Ratingagenturen, die bewerteten und gleichzeitig an ihren Bewertungen verdienten. Ebenso forderte sie eine Finanzmarkt-Transaktionssteuer, „damit das Kasino beendet wird“. Außerdem müssten Banken kleiner werden, damit deren Stützung nicht immer wieder als „alternativlos“ hingestellt werde. CW



Freundschaft trotz Meinungsunterschied

Der Präsident der Tschechischen Republik Vaclav Klaus hat am 10. November 2011 den Landtag Nordrhein-Westfalen besucht. Empfangen wurde der Staatsgast von Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg und den Vizepräsidentinnen Angela Freimuth und Gunhild Böth. Der Herzenswunsch nach Frieden, Freiheit und Demokratie verbinde Tschechien und Deutschland, betonte Uhlenberg. Auch Staatspräsident Klaus hob die Bedeutung der gegenseitigen Beziehungen hervor. Für die gegenwärtige Krise in Europa sei allerdings „mehr EU“ keine Lösung. Ohne dass dies an der Freundschaft zwischen den Ländern etwas ändere, teilte der Landtag NRW die skeptischen Auffassungen des tschechischen Staatsgastes nicht, stellte Landtagspräsident Uhlenberg fest. Foto: Schälte

Die Sekundarschule kommt

Landtag beschließt Schulgesetz – Hauptschule verliert Verfassungsrang

20. Oktober 2011 – Zum sechsten Mal in der Geschichte der NRW-Bildungspolitik hat der Landtag eine Änderung des Schulgesetzes beschlossen (Drs. 15/2767). Damit können Kommunen die sogenannte Sekundarschule einführen. Zudem sind gegliederte und integrierte Schulformen künftig in der Landesverfassung verankert, während der bisher garantierte Bestand der Hauptschule entfällt (Drs. 15/2768). Auf diesen Konsens hatten sich CDU, SPD und Grüne bereits vor der Sommerpause verständigt und ihn als Ende der jahrelangen schulpolitischen Auseinandersetzung gefeiert.

„Es ist durch die Verfassungsänderung gelungen, ein Nebeneinander von gegliederten und integrierten Schulen festzulegen“, betonte Klaus Kaiser (CDU). Zudem bringe der Konsens endlich Ruhe in die Schullandschaft: Jede Schule, die genügend Schülerinnen und Schüler habe, könne weiterexistieren und sich weiterentwickeln. Auch die Kommunen hätten ausreichend Zeit, ohne Eile Entscheidungen für die Strukturen vor Ort zu treffen, so Kaiser. Die Sekundarschule ermögliche ihnen, auf den demographischen Wandel und ein verändertes Schulwahl-Verhalten der Eltern zu reagieren. Für Kaiser besonders wichtig: gerade Hauptschullehrkräften neue Perspektiven zu eröffnen.

Renate Hendricks (SPD) lobte den Schulkonsens als Abschluss einer 40-jährigen Auseinandersetzung über die Schulstruktur in Nordrhein-Westfalen. Die Verfassungsänderung gebe nun einen Rahmen vor, unter dem gemeinsam mit dem neuen Gesetz Schulentwicklung vor Ort passieren könne. Dabei müssten die Kommunen die Eltern mitnehmen und befragen. „Es ist eine demokratische Form von Schulentwicklung“, betonte Hendricks daher. Gleichzeitig erhielten mit dem neuen Schulgesetz auch die kleinen Grundschulen – gerade im ländlichen Raum – Planungssicherheit. Die SPD-Politikerin bedauerte aber, dass die Fraktionen von FDP und Linken den Konsens nicht mittrügen.

Der Schulkonsens sei nicht nur eine Chance für Schülerinnen und Schüler, meinte Sigrid Beer (Grüne). „Er ist auch eine Chance für die Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen.“ Es müsse eine neue Schulgemeinde entstehen, die auch diejenigen mitnehme, die in möglicherweise auslaufenden Schulen arbeiteten. „Etwas soll zusammenwachsen und nicht auseinanderdividiert werden“, machte die Grüne deutlich. Sie betonte, die Kommunen hätten ausreichend Zeit für die Schulentwicklung vor Ort – jede Hektik sei unnötig. Und bei allem gelte: „Die Schule ist für die Schülerinnen und Schüler da. Nicht für die Politik. Sie ist nicht für die Verbände da.“

„Es ist der Tag der verpassten Chancen“, kritisierte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP). Ein umfassender Schulkonsens werde verhindert. Die von CDU, SPD und Grünen unterstützte Gesetzesänderung gefährde die hohe Qualität der differenzierten Bildungsgänge durch verpflichtenden integrierten Unterricht. Dieser überfordere in den meisten Fällen sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Lehrerinnen und Lehrer. Außerdem sei die Sekundarschule fast deckungsgleich mit der rot-grünen Gemeinschaftsschule. Zwar unterstütze die FDP das Konzept wohnortnaher Grundschulen. Das neue Schulgesetz lehne sie jedoch ab, da es bestehende Schulformen benachteilige.

Gunhild Böth (Linke) ging der integrierte Unterricht hingegen nicht weit genug. „Es gibt kein Recht auf längeres gemeinsames Lernen“, kritisierte sie. Das hätte ihrer Meinung nach jedoch dazugehört. Mangelhaft in Sachen Sekundarschule sei auch: „Es ist nicht zwingend vorgeschrieben, Elternbefragungen zu machen.“ Die Stadträte würden damit bei der Ausgestaltung der neuen Schulform einseitig gestärkt. Insofern sei der Schulkonsens auf halber Strecke stehen geblieben, meinte die Linke. Problematisch fand sie zudem, dass die Sekundarschule, anders als eine Gesamtschule, keine eigene Oberstufe habe, was den Übergang und damit den Weg zum Abitur erschwere.

„Nicht wir vertun eine historische Chance, sondern Sie vertun eine historische Chance“, reagierte Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) auf die Kritik der FDP. Das Ergebnis der Beratungen sei mehr als nur ein Kompromiss zwischen drei politischen Fraktionen, es sei ein großer Konsens für die ganze Gesellschaft. Dieser schreibe die Schulstruktur für die kommenden zwölf Jahre fest, erläuterte Löhrmann: „Wir machen den Weg frei für eine zukunftsorientierte, innovative, pragmatische Schulentwicklung vor Ort.“ Insgesamt bestimme die Nachfrage der Eltern entscheidend das Schulangebot vor Ort – ihnen habe die Verfassung eine starke Rolle zugewiesen. *bra*

Zustimmung

Der Gesetzentwurf (Drs. 15/2767 und 15/2900) wurde am 19. Oktober in 2. Lesung und einen Tag später in 3. Lesung mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP und der Linken angenommen. Gleiches gilt für die Verfassungsänderung (Drs. 15/2768). Damit wurde sie von der für eine Verfassungsänderung notwendigen Zweidrittelmehrheit getragen.

Foto: Schälte



Foto: Schälte

Signal nach Berlin

Landtag wendet sich gegen die Einführung eines Betreuungsgeldes

19. Oktober 2011 – In Berlin wird über die Einführung eines Betreuungsgeldes in Höhe von 150 Euro diskutiert. Erhalten könnten es Eltern, die ihre Kinder zu Hause selbst betreuen, anstatt eine Kindertageseinrichtung zu nutzen. Die NRW-Fraktionen von SPD und Grünen haben nun im Plenum per Eilantrag (Drs. 15/3022) vor der Einführung des Instruments gewarnt und ein nordrhein-westfälisches Signal nach Berlin gefordert. In der Sache wandten sich alle Fraktionen mit Ausnahme der CDU gegen die Einführung des Betreuungsgeldes.

Die Chancen der Kinder „entwickeln sich am besten unter den Bedingungen in unseren Kitas“, betonte **Wolfgang Jörg** (SPD). Gerade ärmere Familien bräuchten jeden Cent und würden sich verständlicherweise gegen die Kita und für das Geld entscheiden, gab er zu bedenken. Daneben sah er Mitnahmeeffekte bei sehr reichen Familien, die auf das Geld verzichten könnten. Auch wenn Oma und Opa die Kita ersetzen, würden Eltern das Geld bekommen. All diese Nachteile hätten sich bereits in Norwegen gezeigt, wo es ein solches Betreuungsgeld gebe. Das Geld gehöre in die Einrichtungen, damit es bei den Kindern ankomme, forderte Jörg.

Andrea Asch (Grüne) sprach vom Konzept „Herdprämie“ und bezeichnete sie als frauen-, familien- und integrationspolitische Katastrophe. Wenn Kinder aus der Kita herausgekauft würden, verlören junge Frauen den beruflichen Anschluss im Berufsleben, was eine traditionelle Geschlechterrolle zementiere. Einkommens-

schwache Familien würden dazu ermuntert, ihre Kinder von der Förderung in der Kita fernzuhalten. So bestehe die Gefahr, dass auch die nächste Generation in der Armutsspirale gefangen bleibe. Asch zeigte sich aber zuversichtlich, dass die NRW-CDU fortschrittlicher denke als die Fraktion auf Bundesebene.

Bernhard Tenhumberg (CDU) bezog sich auf das Argument von SPD und Grünen, das Betreuungsgeld sei nicht finanzierbar: „Wer soll Ihnen denn glauben, dass Sie sich plötzlich um die Finanzierbarkeit und die Verschuldung sorgen?“, fragte er angesichts der eingeführten Beitragsfreiheit im dritten Kindergartenjahr. Das Betreuungsgeld ziele darauf, die Leistung der Eltern stärker zu würdigen – auch wenn er dieses Ziel eher durch eine Verbesserung der Rentenansprüche verwirklicht sähe. Falsch sei es aber, den Eltern pauschal eine schlechtere Betreuung als in den Kitas zu unterstellen. Es gehe um Gleichbehandlung und echte Wahlfreiheit.

Darauf ging **Marcel Hafke** (FDP) ein. Natürlich dürfe der Staat den Familien nicht vorschreiben, wie sie zu leben hätten. Er dürfe und müsse aber sehr wohl entscheiden, was er fördere. Hafke verwies in diesem Zusammenhang auf immense Vorteile des Kitabesuchs für Kinder mit sozial schwächerem Hintergrund. Das Betreuungsgeld setze falsche Anreize. Auch er sprach sich dafür aus, das Geld lieber in die Qualität der Kitas zu investieren. Zudem sei es nicht Aufgabe des Staates, eine individuelle Entscheidung der Eltern finanziell zu fördern. Er erinnerte an das allen Fraktionen gemeinsame Ziel: beste Bildung für alle Kinder zu ermöglichen.

Dr. Carolin Butterwegge (Linke) hielt das Betreuungsgeld für einen Ausdruck völlig rückständiger Geschlechterpolitik. Es verschärfe zudem die Situation armer Kinder. Gerade sie würden von einer guten institutionellen Betreuung besonders profitieren. Das Recht auf Erwerbsarbeit dürfe nicht mit dem Recht auf Erziehung aufgerechnet werden. Entscheidend sei die tatsächliche Wahlfreiheit der Eltern. Diese erfordere genügend gute, beitragsfreie Kitaplätze und gute Arbeitsplätze für Frauen wie auch die gezielte Unterstützung einkommensschwacher Familien – zudem müsse es Elterngeld auch für Hartz-IV-Betroffene geben.

Ausdrücklich begrüßte Familienministerin **Ute Schäfer** (SPD) den Eilantrag der Regierungsfaktionen. Sie bezeichnete es als familienpolitische Fehlsteuerung, „das Geld so auszuschütten“, und plädierte ebenfalls dafür, in die Strukturen zu investieren, wie die Landesregierung es auch tue. Eine Einführung des Betreuungsgeldes konterkarriere alle bisherigen Versuche des Bundes und des Landes, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Frauen neigten ohnehin schon zu Teilzeitarbeit, aus der sie nicht mehr herauskämen – was sie letztlich in die Altersarmut führe, argumentierte die Ministerin. *sow*

Zustimmung

Dem Eilantrag (Drs. 15/3022) stimmten SPD, Grüne, FDP und Linke zu, die CDU stimmte dagegen. Eine redaktionelle Änderung des Antrags durch die FDP (Drs. 15/3040) wurde mit derselben Mehrheit angenommen. Der Vorschlag der Linksfraktion, gleichzeitig einkommensschwachen Familien das Elterngeld wieder zu gewähren, statt es auf den Hartz-IV-Satz anzurechnen (Drs. 15/3041), fand keine Mehrheit. CDU und FDP lehnten dies ab, SPD und Grüne enthielten sich.

Das NKF in der Praxis

Mängel im neuen Buchführungssystem sollen abgestellt werden

19. Oktober 2011 – Seit Januar 2009 verpflichtet das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) Städte und Gemeinden zur „Doppelten Buchführung in Konten“ (Doppik). Kernstück ist hierbei die Berücksichtigung des jährlichen Wertverlustes, den eine Gemeinde zum Beispiel an ihren Gebäuden und sonstigem Eigentum erleidet. Ein Wertverlust, der konsequenterweise irgendwann Maßnahmen erfordert, die Geld kosten und folgerichtig verbucht werden müssen. Eine gesetzlich vorgeschriebene Auswertung des neuen Systems weist allerdings auf Mängel hin. Um diese abzustellen, legte die FDP einen Gesetzentwurf vor (Drs.15/2988). Alle anderen Fraktionen zeigten sich zustimmend, wobei die Linken ihre grundsätzliche Kritik an dem neuen System betonten.

„Das neue kommunale Finanzmanagement ist eine Erfolgsgeschichte“, meinte **Horst Engel** (FDP). Der Wechsel vom Geld- zum Ressourcenverbrauchsprinzip habe zu erheblich mehr Transparenz in den kommunalen Haushalten geführt. Allerdings sollten Mängel des neuen Systems schnellstmöglich beseitigt werden, forderte Engel. Über eine Dynamisierung der Ausgleichsrücklage solle es ermöglicht werden, Überschüsse bis zu einem Drittel des tatsächlichen Eigenkapitals zurückzulegen und so für

die Buchung von außerordentlichen Wertberichtigungen.

Wenn der Landtag die erforderlichen Anpassungen des NKF gemeinsam in Angriff nehme, werde man in vielen Punkten dem Willen der kommunalen Familie gerecht, betonte auch **Hans-Willi Körfges** (SPD). Hierzu habe die FDP eine gute Grundlage geliefert, insbesondere bei der Dynamisierung der Ausgleichsrücklage wie auch bei der Anpassung der Abschreibungsre-

ken wie das Verhältnis von Kreis zu kreisangehörigem Raum, die liquiditätswirksame Rückstellungsproblematik oder auch die Dynamisierung der Ausgleichsrücklage betreffe.

Die Einführung des NKF habe vor allem „Chaos, Zahlensalat, unglaublichen Mehraufwand und hohe Mehrkosten“ gebracht, kritisierte **Özlem Alev Demirel** (Linke). Dies ergebe sich unter anderem aus den unterschiedlichen Ausprägungen in den verschiedenen Bundesländern. Das NKF sei ein Instrument zur Vorbereitung von mehr Privatisierung, urteilte die Linken-Sprecherin: „Alles wird zur Ware. Alles wird unter dem Kosten-Nutzen-Aspekt gesehen.“ Der Souverän, die Wählerinnen und Wähler, käme nur noch als Kunden vor. Doch trotz dieser grundsätzlichen Kritik werde die Linke jede Erleichterung für die kommunale Buchführung natürlich mittragen.

Das kommunale Finanzmanagement sei inzwischen Alltag in den Kommunen und werde dort



Horst Engel (FDP)

Wiljo Wimmer (CDU)

Hans-Willi Körfges (SPD)

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne)

Özlem Alev Demirel (Linke)

Innenminister Ralf Jäger (SPD)

wirtschaftlich schlechte Zeiten vorzusorgen. Des Weiteren solle bezüglich kommunaler Beteiligungen auf umfängliche Anlagen des Haushaltsplans verzichtet werden.

Bis zum Jahr 2005 habe der Geldverkehr im Mittelpunkt der Betrachtung gestanden, mit dem NKF nunmehr der Ressourcenverbrauch, so **Wiljo Wimmer** (CDU). Mit dieser Neuregelung werde dargestellt, wie sich das Vermögen, das Eigenkapital der Kommunen verändere, insbesondere unter Berücksichtigung von Abschreibungen, Folgekosten bzw. Rückstellungen, betonte der CDU-Sprecher. Seit Anfang vergangenen Jahres liege ein Bericht vor, der die Anwendung des NKF in der Praxis auswerte. Dabei hätten sich Probleme etwa im Bereich der Entwicklung der Ausgleichsrücklage gezeigt. Gleiches gelte für

gelingen. Regelungsbedürftig sei ebenfalls die verbesserte Aufteilung der Versorgungs- und Beihilfeaufwendungen. Nachdem die rot-grüne Regierung im Bereich der kommunalen Finanzen das Notwendige getan habe, werde man nunmehr die Beratungen über Anpassungen des NKF zügig durchführen.

Auch **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne) dankte der FDP für den Gesetzentwurf. Mit Blick auf den schon mal gebrauchten Begriff der Insolvenz meinte der Grünen-Sprecher: „Eine Stadt kann nicht aufgelöst werden.“ Die Menschen blieben da, und es gebe keine Sicherungssysteme wie dies bei Unternehmen der Fall sei. Daher müsse das Land den Kommunen finanziell helfen. Dies gelte auch für das NKF. Hier sei seine Fraktion gesprächsbereit, zum Beispiel was Problematik

nicht als Last empfunden, antwortete **Innenminister Ralf Jäger** (SPD). Sein Vorteil sei, dass es nicht nur tatsächliche Kosten kommunaler Dienstleistungen, sondern auch den Substanzverlust darstelle. Dieser, ausgedrückt in Abschreibungen, bedeute Kosten, die einer Kommune entstünden, und müsste folglich ausgewiesen werden. Unumstritten sei aber auch, dass Veränderungsbedarf beim NKF bestehe. Auf der Grundlage des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfes könne es gelingen, noch in diesem Jahr eine entsprechende Novellierung zu erreichen, so Jäger. *cw*

Weitere Beratung

Der Gesetzentwurf wurde einstimmig an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen.

Unsere Erde, unser Land

Als erstes Bundesland debattiert NRW ein Klimaschutzgesetz

20. Oktober 2011 – Die rot-grüne Landesregierung hat einen Entwurf für ein NRW-Klimaschutzgesetz vorgelegt (Drs. 15/2953). Er sieht vor, den Ausstoß an Treibhausgasen hierzulande bis 2020 um mindestens 25 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Die Klimaschutzziele sollen auch in der Landesplanung verankert werden. Die konkreten Maßnahmen zur Erreichung der Ziele soll ein Klimaschutzplan enthalten, den die Regierung erstmals für 2012 aufstellen will. Lob, Kritik und Forderungen.

„Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nummer eins, und wir wollen auch das Klimaschutzland Nummer eins werden“, erklärte Umweltminister Johannes Remmel (Grüne). Dies sei keine ökologische Spinnerei, sondern ökonomischer Vernunft geschuldet. Unternehmen bekämen Perspektiven und Planungssicherheit und könnten sich so dauerhaft einen Wettbewerbsvorteil sichern. Eine beschleunigte Energiewende, erklärte Remmel, beziehe Energieerzeugung und -verbrauch sowie Transport, Industrie, Mobilität und Konsum mit ein. Gelingen könne sie – ebenso wie ein konkreter Klimaschutzplan – nur auf der Basis von Dialog, Beteiligung und Konsens, betonte er.

„Man redet zusammen, nimmt kein Argument, das eingebracht wird, ernst und macht am Ende des Dialogprozesses das, was man von Anfang an tun wollte“, reagierte Lutz Lienenkämper (CDU) skeptisch. Er empfand den Gesetzentwurf als industrie feindlich, als wirtschaftsschädlich und als Gefahr für viele Arbeitsplätze. Im Ziel sei man sich zwar einig, aber das Klimaschutzgesetz stehe unter dem Motto „Klimaschutz steht über allem“. Der Abgeordnete bezweifelte darüber hinaus auch eine eigene Gesetzgebungskompetenz des Landtags in dieser Frage. Zudem vermisste er eine verbindliche Definition, was ein Klimaschutzkonzept überhaupt sei.

„Wir müssen Schluss damit machen, wirtschaftliche Interessen und die Bedürfnisse des Umweltschutzes immer gegeneinander auszu-

spielen“, forderte André Stinka (SPD). Nun sei es an der Zeit, Verantwortung zu übernehmen und mutige Entscheidungen zu treffen. Zeit für Streit und Aufschub sah der Sozialdemokrat nicht. Man könne auch nicht darauf warten, dass andere handelten. Gerade das Industrieland NRW als Mitverursacher des Treibhauseffekts stehe in der Pflicht. Der Weg führe aber nicht nur über Zwang und Verbote, sondern auch über die eigene Vorbildfunktion, beispielsweise das Ziel einer CO₂-neutralen Landesverwaltung.

Wer zum Klimaschutz „ja, aber“ sage, habe die Zeichen der Zeit nicht erkannt, betonte Wibke Brems (Grüne). Selbst ehemalige Kohleunternehmen sähen ihre Zukunft in erneuerbaren Energien. Investitionen in Energieeffizienz finanzierten sich mit der Zeit selbst. Damit die Erde sich nicht um mehr als zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten erwärme, müssten alle Industriestaaten innerhalb der nächsten 40 Jahre 80 bis 95 Prozent ihrer Emissionen gegenüber dem Jahr 1990 verringern. Der Klimaschutz falle einem nicht in den Schoß, gelinge aber mittels eines Strukturwandels, der nun zu gestalten sei, warb sie um Zustimmung.

Kai Abruszat (FDP) vermisste im Gesetzentwurf die Ausgewogenheit von Ökologie und Ökonomie. Ein fast schon missionarischer Eifer des Ministers verstelle den Blick auf den nötigen Realismus und Pragmatismus. NRW trage weltweit nur zu einem Prozent der Emissionen bei und könne nicht allein die Welt retten. Den

Klimawandel könne man nur global bekämpfen, weswegen eine Insellösung nicht weiterführe. Zudem richte ein solches Gesetz nachhaltig massiven ökonomischen Schaden an. Nicht nur die Wirtschaft protestiere, auch Gewerkschaften warnten vor Arbeitsplatzverlust. Abruszat forderte, „diesen gefährlichen Sonderweg zu stoppen“.

Als kleinen Schritt in die richtige Richtung bezeichnete Hamide Akbayir (Linke) den Gesetzentwurf. Sie vermisste darin allerdings detaillierte Vorgaben, wie ein wirksamer Klimaschutz erreicht werden könne. Dass dies erst im kommenden Jahr in einem Klimaschutzplan erfolgen solle, war ihr zu wenig. Damit ihre Fraktion zustimmen könne, poche sie auf die Festschreibung der Ziele des Klimaschutzplans im Gesetz und im Landesentwicklungsplan. Anderenfalls enttäusche das Land ebenso wie der Bund: Klimaschutz als Absichtserklärung. Verbindliche Ziele müsse es im Übrigen nicht nur für die Landesverwaltung, sondern auch für jeden Wirtschaftszweig geben. sow

Umfassende Beratung

Zur weiteren Beratung hat das Plenum den Gesetzentwurf (Drs. 15/2953) in die Ausschüsse überwiesen. Unter der Federführung des Umweltausschusses werden, weil sie ebenfalls berührt sind, auch der Wirtschafts-, der Verkehrs-, der Haushalts-, der Kommunal- und der Innovationsausschuss mitberatend tätig.

Foto: Schälte

Mit Europa eng verknüpft

Möglichkeiten der europäischen Mitsprache für den Landtag NRW

November 2011 – Vor zwei Jahren, am 1. Dezember 2009, trat der Vertrag von Lissabon in Kraft. Er gilt als Meilenstein in der Geschichte der Europäischen Union, denn durch ihn wurde die demokratische Kontrolle der EU-Institutionen gestärkt. Auch für die nationalen und die regionalen Parlamente in Europa hatte dies positive Auswirkungen. Sie können nun in vielen europäischen Fragen mitentscheiden und ihre Positionen einbringen.

Subsidiarität – was zunächst sperrig klingt, ist für die Parlamente in der EU Schlüssel zur Mitsprache. Das Subsidiaritätsprinzip besagt vereinfacht, dass eine Aufgabe immer von der kleinstmöglichen Organisationseinheit übernommen werden soll. Übertragen auf die Europäische Union stellt sich damit die Frage, ob die EU im Einzelfall tatsächlich gesetzgeberisch tätig werden muss oder ob nicht Regelungen der Nationalstaaten bzw. der Regionen ausreichend sind. Der Vertrag von Lissabon hat die Kontroll- und Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen und der regionalen Parlamente in diesem Feld spürbar gestärkt. Ein „Frühwarnsystem“ garantiert, dass die Parlamente in Europa frühzeitig über geplante Gesetzgebungsakte der Europäischen Kommission informiert werden und binnen einer Frist von acht Wochen Bedenken äußern können.

In Deutschland funktioniert dies folgendermaßen: Die Europäische Kommission leitet dem Bundestag und dem Bundesrat neue Entwürfe von Gesetzgebungsakten zu. Über den Bundesrat als Kammer der 16 Bundesländer erreichen die Entwürfe dann die Landesparlamente und damit auch den Landtag NRW. Die Landesparlamente können nun ihre Landesregierungen auffordern, im Bundesrat Subsidiaritätsbedenken gegenüber dem Entwurf zu äußern. Hält die Mehrheit der Bundesländer den Entwurf für bedenklich, gibt der Bundesrat eine begründete Stellungnahme auf europäischer Ebene ab. Erreicht die Anzahl der Stellungnahmen mindestens ein Drittel der Stimmen der nationalen Parlamente (Bundesrat und Bundestag haben je eine Stimme), muss die Europäische Kommission ihren Entwurf überprüfen. Sie kann anschließend begründet daran festhalten, ihn ändern oder zurückziehen. Hält sie daran fest, kann der Entwurf im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren mit 55 Prozent der Stimmen im Rat der EU (Ministerrat) oder mit einfacher Mehrheit im Europäischen Parlament gestoppt werden. Unabhängig von diesem Verfahren können die nationalen Regierungen auch eine Subsidiaritätsklage am Europäischen Gerichtshof einbringen.

Diese weitere Kontrollmöglichkeit besteht auch für den Ausschuss der Regionen der EU. Als politische Versammlung repräsentiert er die

regionale und die kommunale Ebene in Europa. In der Versammlung vertreten sind für Nordrhein-Westfalen als europäische Region die Landtagsabgeordneten Werner Jostmeier (Vollmitglied) und Dietmar Brockes (stellvertretendes Mitglied). Der Ausschuss der Regionen muss laut dem Vertrag von Lissabon zwingend angehört werden, wenn Vorschläge der Europäischen Kommission regionale oder kommunale Politikbereiche betreffen. Er ist somit eng in den Prozess europäischer Rechtsetzung einbezogen.

DER AUSSCHUSS FÜR EUROPA UND EINE WELT

Dass sich der Landtag Nordrhein-Westfalen auf die neuen Möglichkeiten europäischer Mitsprache einstellt, verdeutlicht der Ausschuss für Europa und Eine Welt. Dieser hat seine Arbeit zu Beginn der laufenden Wahlperiode aufgenommen. Die 21 Mitglieder aus den fünf Landtagsfraktionen bereiten die parlamentarische Willensbildung in europapolitischen Fragen vor. Federführend für das Parlament setzen sie sich mit aktuellen Entwicklungen in der EU auseinander,

die Auswirkungen auf das Land NRW haben. So führte der Ausschuss beispielsweise Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission in Brüssel, um aus erster Hand Informationen über die Pläne für die zukünftige Haushaltspolitik der EU und die Höhe der weiteren EU-Strukturförderung für das Land zu erhalten.

Regelmäßig werden die Abgeordneten im Landtagsausschuss von der nordrhein-westfälischen Landesregierung – der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Dr. Angelica Schwall-Düren – über das europapolitische Engagement NRW informiert. Da die Entscheidungen der EU in viele Politikbereiche hineinwirken, sind auch die Themen im Ausschuss vielfältig. Ein Blick auf die Tagesordnungen zeigt: Europa- und landespolitische Frage sind eng miteinander verknüpft. *sw*

Aktuelle Informationen über Europa-Themen im Landtag NRW erhalten Sie auf den Internetseiten www.landtag.nrw.de unter der Rubrik „Europa“. Dort zu finden ist unter anderem auch ein Lexikon, das zahlreiche wichtige EU-Begriffe erklärt.



Auch vor dem Landtag NRW wird regelmäßig die Europafahne gehisst.

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.

**Europapolitik ist für den Landtag NRW von Bedeutung, weil ...**

... Nordrhein-Westfalen die europäische Drehscheibe für Wirtschaft, Handel, Verkehr und Begegnungen ist. Die Beziehungen und Verflechtungen mit unseren europäischen Nachbarn werden immer enger. Deshalb setzen wir uns dafür ein, insbesondere jungen Menschen den Mehrwert europäischer Politik näher zu bringen.

... die Rechtsetzung der EU unser Leben in vielen Fragen betrifft. Unsere Aufgabe ist es, für Europa, seine Erfolge und Chancen zu werben. Wir wollen gestalten und uns positiv in die EU mit vollem Einsatz für die Interessen Nordrhein-Westfalens einbringen.

Um Nordrhein-Westfalen als Region in Europa strukturpolitisch weiter zu stärken, halte ich es für erforderlich, ...

... am 2007 eingeführten Wettbewerbsverfahren um EU-Fördergelder festzuhalten, das landesweit attraktiv ist und mit dem die Wachstums- und Beschäftigungseffekte nachweislich belebt werden konnten. Diese Entwicklung wird auch bei der Europäischen Kommission als muster- gültig wahrgenommen und gewürdigt.

... Strukturförderpolitik für NRW intelligent, nachhaltig und integrativ zu gestalten. Wettbewerbsfähigkeit, ökologisch nachhaltiges Wachstum, Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Beschäftigung und Innovation sollten dabei im Fokus stehen. Europäische Fördermittel sind allerdings nicht nur Gelder, sondern „europäischer Mehrwert“ für unser Land.

Damit politische Positionen aus NRW in Brüssel gehört werden, bedarf es ...

... einer Intensivierung der von der damaligen CDU-geführten Landesregierung vorgebrachten Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und den Benelux-Staaten. Die in den Jahren 2009/2010 geschlossene Partnerschaft innerhalb der Europäischen Union gilt als vorbildhaft und zukunftsweisend.

... einer engagierten Interessenvertretung nordrhein-westfälischer Positionen. Der Landtag wird dazu seine neuen europapolitischen Rechte verantwortungsvoll nutzen und die Landesregierung unterstützen.

Aus Sicht Nordrhein-Westfalens bedeutet die aktuelle Euro-Krise ...

..., dass die Landesregierung die Sorgen der Bürger vor einer wachsenden Staatsverschuldung endlich ernst nehmen und sich zu der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse bekennen muss. Hierzu muss Rot-Grün auf den im Jahr 2010 unterbrochenen Konsolidierungspfad zurückkehren.

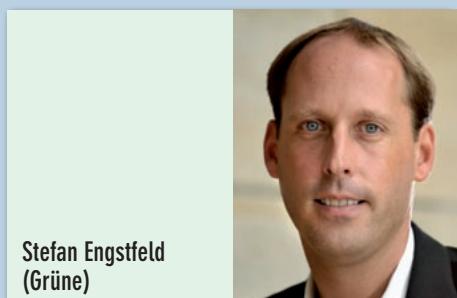
... eine große Herausforderung. Die Chance der Krise liegt darin, die EU weiterzuentwickeln und zu festigen. Eine Strategie zur zukünftigen Ausrichtung der Währungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der Finanzmarktregulierung ist dabei unerlässlich. Es braucht mehr Europa statt weniger.

Um Europa bürgernah zu gestalten und zu vermitteln, sollte die Landespolitik ...

... alles dafür tun, damit die Vorteile der verwobenen Volkswirtschaften im Alltag der Menschen erfahrbar werden. Konkret sollten baldmöglichst gemeinsam mit den unmittelbaren Nachbarstaaten Initiativen insbesondere auf den Gebieten Bildung, Arbeitsmarkt, Verkehr und Energieversorgung entwickelt werden.

... nein, „muss“ die Landespolitik für die europäische Idee aktiv eintreten. Die Landesregierung setzt hierbei mit unserer Unterstützung einen klaren Akzent auf die europapolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit und eine demokratisch legitimierte Politik der Europäischen Union.

Diesmal zum Thema Europa.



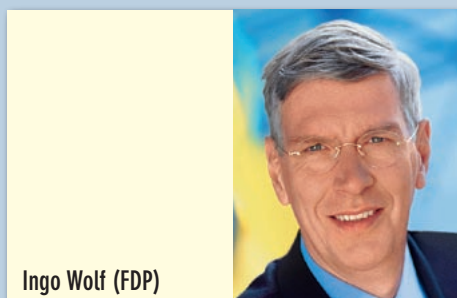
... unsere Zukunft ohne Europa und unsere Nachbarn nicht denkbar ist und immer mehr Gesetze und Verordnungen, die uns betreffen, auf der europäischen Ebene beschlossen oder vorentschieden werden.

... die Förderprioritäten stärker als bisher auf die Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltigem Wachstum, die ökologische Modernisierung der Industrie, die Umstellung auf erneuerbare Energien, den Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Inklusion, Chancengleichheit und Beschäftigung auszurichten.

... einer frühestmöglichen Beschäftigung und Positionierung für alle Politikfelder im Landtag, einer guten Vernetzung sowie einer schlagkräftigen Landesvertretung in Brüssel.

... eine reelle Gefahr für die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften der europäischen Integration, von denen NRW so stark profitiert hat. Aus unserer Sicht muss der Zusammenhalt in Europa gewahrt und die Krise entschlossen und vor allem gemeinschaftlich gelöst werden.

... den Europaausschuss stärken, in die Europafähigkeit der Kommunen investieren und die europapolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit weiter konsequent ausbauen.



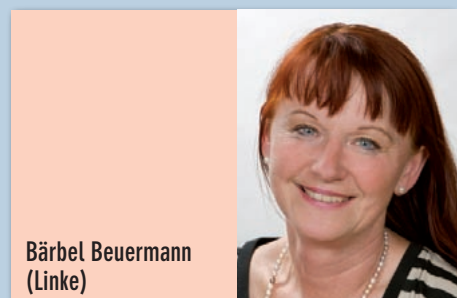
... europäische Entscheidungen sich unmittelbar auf unser Land auswirken. Der Landtag sollte daher aktiv und bereits im Vorfeld – also im Ablauf der Entscheidungsprozesse – mitgestalten, damit sichergestellt ist, dass am Ende die bestmögliche Regelung für die Bürger unseres Landes getroffen wird.

... dass das erfolgreiche Wettbewerbsmodell der Ziel-2-Förderung in NRW fortgeführt wird. Wenn gute Ideen miteinander konkurrieren und sich am Ende die innovativste und kreativste Gestaltung durchsetzt, profitiert schließlich der gesamte Standort NRW.

... täglicher harter Arbeit. NRW ist die größte Region der EU; sein BIP macht 4,2% des Gesamt-BIP aller Mitgliedstaaten der EU aus. NRW muss in Brüssel aber auch angemessen vertreten sein. Gerade im wichtigen Ausschuss der Regionen besteht noch Nachholbedarf, hier ist NRW deutlich unterrepräsentiert.

... vorrangig erst einmal eine Staatsschuldenkrise. Nicht der Euro kriselt, sondern die Staaten, die Jahrzehnte über ihre Verhältnisse gelebt und nachfolgenden Generationen Schuldenberge hinterlassen haben. Von einer Umgestaltung der EU in eine Stabilitätsunion profitiert daher auch NRW.

... jeden Ansatz fördern, der auf EU-Ebene die demokratische Mitbestimmung der Bürger stärkt. Das neu eingeführte EU-Volksbegehren kann nur der Anfang sein. Künftig sollte das Europaparlament zu einer echten Alleinentscheidungs- und Kontrollinstanz der übrigen EU-Organen aufgewertet werden.



... durch die Verlagerung von Kompetenzen viele Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden. Der Landtag muss als Sprachrohr der Interessen der Bürgerinnen und Bürger NRWs europafähig sein.

... dass NRW in Sachen innovativer Verkehrs- und Transportlösungen, Umweltschutz, Sozialpolitik, Demokratie, Transparenz und der Förderung von guter Arbeit vorbildlich vorangeht.

... Informationen der Kommunen, um diese ebenso wie den Landtag europafähig(er) zu machen. Das kann z.B. durch eine oder einen Europabeauftragte/-n in der kommunalen Verwaltung oder mit der Verpflichtung einer regelmäßigen Berichterstattung des Rates umgesetzt werden.

... eine Fortsetzung der Sozialisierung der von Zockern verursachten Verluste auf Kosten der einfachen Bürger/-innen von Düsseldorf bis nach Athen.

... auf einen Neustart der Union hinwirken, die den Krieg ächtet, ein starkes Europäisches Parlament hat und direkte Partizipation ermöglicht, den sozialen Fortschritt sowie den ökologischen Strukturwandel befördert und die Finanzmärkte einer strikten Kontrolle unterwirft.

Laufende Gesetzgebung

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	Gepl. Beratungsschritte	Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	Gepl. Beratungsschritte
15/3047 Vorl. 15/914	Änderung der gesetzlichen Befristung in § 29 des Gesetzes über den Verfassungsschutz, LR	Vorschlag: Haupt- und Medienausschuss	1. Lesung 17.11.2011	15/2379	Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei öffentlichen Aufträgen, LR	Wirtschaftsausschuss	Schlussberatung im Ausschuss 14.12.2011
15/3046	Entbürokratisierung der Beitreibung von Gebühren- und Auslagenrückständen bei der Zulassung von Fahrzeugen, LR	Vorschlag: Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 16.11.2011	15/2359	Änderung der Landesbauordnung, SPD, Grüne	Bauausschuss	Ausschussberatung 01.12.2011
15/3045	Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes NRW und des Bürokratieabbaugesetzes I, LR	Vorschlag: Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr	1. Lesung 16.11.2011	15/2356	Gesetz zur Abschaffung der Hochschulräte, Linke	Wissenschaftsausschuss	Sachverständigengespräch 16.12.2011
15/2988	Gesetz zur Fortentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements, FDP	Ausschuss für Kommunalpolitik	Ausschussberatung 18.11.2011	15/2225	Änderung des Gesetzes über die Seilbahnen, LR	Bauausschuss	2. Lesung 16.11.2011
15/2953	Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes, LR	Umweltausschuss	Anhörung 23.1.2012	15/2224	Änderung des Kommunalabgabengesetzes, LR	Schulausschuss	Ausschussberatung 18.11.2011
15/2944	Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW, LR	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	Ausschussberatung 30.11.2011	15/2209	Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, CDU, SPD, Grüne	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Ausschussberatung läuft
15/2859	Unterstützung der komm. Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	Ausschussberatung 2.12.2011	15/2151	Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 18.11.2011
15/2852	Änderung des Ordnungsbehördengesetzes, CDU	Innenausschuss	Anhörung 12.01.2012	15/1876	Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum, LR	Bauausschuss	Abschlussberatung im Ausschuss 01.12.2011
15/2851	Wiedereinführung einheitlich sozial-gestaffelter Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung und der Beitragsfreiheit, Linke	Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	Anhörung 12.01.2012	15/1875	Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Kunsthochschulgesetzes, LR	Wissenschaftsausschuss	Ausschussberatung läuft
15/2793	Einführung der untergesetzl. Normenkontrolle, FDP	Rechtsausschuss	Sachverständigengespräch geplant	15/1312	Erleichterung von Volksbegehren, SPD und Grüne	Innenausschuss	Ausschussberatung 15.12.2011
15/2775	Änderung des Gesetzes zur Ausführung des 2. Buches Sozialgesetzbuch, LR	Sozialausschuss	2. Lesung 16.11.2011	15/1068	Änderung der NRW-Verfassung (Artikel 83), CDU	Haupt- und Medienausschuss	Öffentliche Anhörung 15.12.2011
15/2436	Änderung des Landesaltenpflegegesetzes, LR	Vorschlag: Sozialausschuss	2. Lesung 7./8.12.2011	15/484	Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie, FDP	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	2. Lesung 16.11.2011
15/2380	Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine, LR	Umweltausschuss	Anhörung 30.11.2011	15/474	Bibliotheksgesetz und Änderung der Landschaftsverbandsordnung, CDU	Kulturausschuss	Beratung ausgesetzt

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung – im Plenum vom 20./21. Juli 2011 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
15/2803	Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes NRW u. a. Gesetze	Landesregierung	2. Lesung 20.10.2011	angenommen
15/2768	Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land NRW	CDU, SPD, Grüne	2. Lesung 19.10.2011 3. Lesung 20.10.2011	angenommen
15/2767	Gesetz zur Weiterentwicklung der Schulstruktur in NRW	CDU, SPD, Grüne	2. Lesung 19.10.2011 3. Lesung 20.10.2011	angenommen
15/2382	Änderung des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung	Landesregierung	2. Lesung 20.10.2011	angenommen
15/2381	Änderung des Gesetzes zur Regelung der personalrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Folgen der Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts	Landesregierung	2. Lesung 20.10.2011	angenommen
15/2371	Änderung des § 13 der Gemeindeordnung	CDU	2. Lesung 19.10.2011	angenommen
15/2325	Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie des Justizministeriums	Landesregierung	2. Lesung 19.10.2011	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

„Eine neue Qualität“

Landtagspräsident Uhlenberg berichtete über Europa-Aktivitäten des Parlaments

18. November 2011 – So vielfältig wie Europa, so vielfältig ist das europapolitische Engagement des Landtags NRW. Dies veranschaulichte der Bericht von Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg im Ausschuss für Europa und Eine Welt (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU). Den Ausschussmitgliedern gab der Landtagspräsident einen Überblick über die Europaaktivitäten und den Ausbau der Europafähigkeit des Parlaments. Seine Botschaft: „Europa spielt eine zunehmend wichtige Rolle, auch für den Landtag Nordrhein-Westfalen.“

„Nach meiner Einschätzung haben europäisches Selbstbewusstsein und Engagement im Landtag seit 20 Jahren eine neue Qualität“, erklärte der Präsident und zeichnete im Ausschuss einige Entwicklungsschritte des Landtags NRW zu einem Parlament in Europa nach. So hatte Ende des Jahres 1990, in der damals 11. Wahlperiode, zum ersten Mal ein Unterausschuss „Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit“ beim Hauptausschuss seine Arbeit aufgenommen – ein Vorläufer des heutigen Ausschusses für Europa und Eine Welt. Ebenso erinnerte der Landtagspräsident an ein Europaforum der deutschen Landtage und weiterer Regionalparlamente, das 1991 vor dem Hintergrund der politischen Umbrüche in Mittel- und Osteuropa im Landtag NRW stattfand. Die Konferenz endete damals mit der Verabschiedung der „Düsseldorfer Er-

klärung“, in der sich die Parlamente für eine starke Stellung der Regionen in Europa aussprachen und eine europäische Vertretung der Regionen sowie eine rechtlich garantierte Beteiligung am europäischen Gestaltungsprozess einforderten. Mit dem Vertrag von Maastricht schuf die Europäische Union 1992 den Ausschuss der Regionen, und längst sei „Subsidiarität“ als Beteiligungsprinzip kein Fremdwort mehr, so der Landtagspräsident.

Gleichwohl gebe es weiterhin ein „natürliches“ Spannungsverhältnis zwischen Europa, Bund und Regionen, meinte Uhlenberg, der die thematischen Verzahnungen Nordrhein-Westfalens mit Europa und der Europäischen Union in den Fachausschüssen des Landtags „gut aufgehoben“ sah. Dies gelte beispielsweise für die regionale Wirtschaftsförderung, für transeuropäische Verkehrsnetze, für den Verbraucherschutz und die Agrarpolitik. Uhlenberg hob zugleich hervor, dass der Landtag auch auf europäischer Ebene präsent sei, so mit Mandaten im Brüsseler Ausschuss der Regionen der Europäischen Union (AdR), im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat in Straßburg (KGRE) sowie in der Konferenz der Präsidenten der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union (CALRE).

Durch EU-Recht, insbesondere durch den Vertrag von Lissabon sowie durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sah Uhlenberg die Beteiligung der deutschen Bundesländer und Parlamente an der europäischen Rechtssetzung heute „deutlich verbessert“. Nun komme es darauf an, die bereits bestehende Informationsvereinbarung zwischen der Landesregierung und dem Landtag NRW im Sinne der neuen Beteiligungsmöglichkeiten zu über-

prüfen und weiterzuentwickeln. Die Vereinbarung garantiert laut aktueller Fassung, dass die Landesregierung das Parlament „frühestmöglich“ unter anderem über „Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union“ informiert (Drs. 14/11070). Der Präsident kündigte an, eine Arbeitsgruppe zu diesem Themenkomplex mit Beteiligung des Europaausschusses sowie des Hauptausschusses (Vorsitz: Wolfram Kuschke, SPD) einrichten zu wollen.

EUROPA BEGEGNEN

Dass auch persönliche Begegnungen wichtig für europäische Verständigung sind, belegte der Landtagspräsident unter anderem mit einem Rückblick auf die vergangenen fünf Jahre. In diesem Zeitraum seien 3 Staatspräsidenten, 6 Parlamentspräsidenten, 24 Botschafter und 17 Parlamentsdelegationen aus EU-Mitgliedsstaaten zu Gesprächen im Landtag NRW zu Gast gewesen. Uhlenberg berichtete zudem über die Aktivitäten der zu Beginn der laufenden Wahlperiode neu eingerichteten Parlamentariergruppe NRW-Benelux, deren Vorsitzender er ist. Gespräche mit den benachbarten Parlamenten in Belgien, in den Niederlanden und in Luxemburg hätten zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine verstärkte Zusammenarbeit aufgezeigt.

Die Abgeordneten im Ausschuss für Europa und Eine Welt erörterten im Anschluss an den Bericht im Gespräch mit dem Präsidenten, wie der Landtag NRW seine Position in Europa weiter stärken könne. Unter anderem sahen sie die Notwendigkeit zu einem regelmäßigen und frühzeitigen Austausch mit Akteurinnen und Akteuren der Europäischen Union – in Düsseldorf und auch vor Ort in Brüssel. sw



Im Gespräch mit den Spitzen der EU: Werner Jostmeier, Mitglied des Landtags und des Ausschusses der Regionen (AdR), bei einem Treffen in Brüssel mit EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy.

Foto: AdR

„Der Fahrradreifen verliert weiterhin Luft“

Stärkungspakt Stadtfinanzen im Expertenurteil

11. November 2011 – Viel Lob für die Landesregierung: Dass sie den Kommunen in ihrer finanziell schwierigen Lage helfen wolle, sei ein ermutigendes Zeichen. So der Tenor der Sachverständigen bei einer gemeinsamen Anhörung von Haushalts- und Kommunalausschuss unter Leitung von Carina Gödecke (SPD). Die konkreten Vorschläge des Gesetzentwurfs (Drs. 15/2859), über den gemeinsam mit zwei Anträgen der Linksfraktion (Drs. 15/2848 bzw. Drs. 15/2849) beraten wurde, fanden dann aber deutlich weniger Zustimmung: Das veranschlagte Volumen sei zu gering und der ausgewählte Kreis von Hilfeempfängern nicht zielführend, hieß es von einer Vielzahl der Fachleute. So wurde neben einem raschen Anlaufen der Finanzhilfe noch in diesem Jahr auch deren Neuausrichtung im Jahr 2012 empfohlen.

Es sei ein „denkwürdiges“ Jahr, so Monika Kuban (Städtetag), da das Land sich entschließen, den Kommunen in ihrer Lage zu helfen. Als Folge der jahrelangen strukturellen Unterfinanzierung lägen die Lasten der Städte und Gemeinden in NRW deutlich über dem Durchschnitt der anderen Kommunen in den alten Bundesländern. Dies beruhe nicht zuletzt auf den gestiegenen Soziallasten, die der Bund den Kommunen auferlegt habe, erläuterte Claus Hamacher (Städte- und Gemeindebund).

Es sei wichtig, dass nunmehr ein Einstieg in die Förderung gelinge. Allerdings reichten die zur Verfügung gestellten Landesmittel nicht aus, um den Haushaltsausgleich der Kommunen sicherzustellen und ein Anwachsen der Kassenkredite zu verhindern, so die kommunalen Spitzenverbände in einer gemeinsamen Stellungnahme. Neben einer Aufstockung der Hilfen traten sie für eine Gleichbehandlung aller Kommunen ein. Beides könnte im Rahmen einer Überprüfung im Jahr 2012 umgesetzt werden, eine entsprechende Revisionsklausel sei bereits heute festzuschreiben. „Mit den jetzt vorgesehenen 350 Millionen Euro kann es gelingen, den Fahrradreifen notdürftig zu flicken, aber er verliert weiterhin Luft“, kommentierte Dr. Martin Klein (Landkreistag).

GEFAHR FÜR DEMOKRATIE

Zeitlich befristete finanzielle Beiträge bestimmter Kommunen zu dem geplanten Stärkungspakt (Abundanzumlage) schlossen die kommunalen Spitzenverbände nicht von vornherein aus, sofern das Land zu einem „seiner finanziellen Verantwortung entsprechenden Finanzierungsbeitrag im Rahmen einer nachhaltigen Gesamtlösung“ bereit sei.

Die vorgesehene Höhe der Landesmittel stand auch im Visier der geladenen Wissenschaftler. Sie reiche nicht aus, mahnte Professor Lars Holtkamp (Fernuni Hagen). Wenn Kommunen dauerhaft unter Haushaltsaufsicht gestellt würden, gefährde dies die Demokratie.

Professor Janbernd Oebbecke (Uni Münster) forderte, die Landespolitik müsse den Städten und Gemeinden bei weiteren Sparanstrengungen den Rücken stärken. Denn das Zinsniveau werde steigen, befürchtete Hermann Rappen (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung).

„Schnelle Hilfe ist erforderlich“, mahnte auch Professor Martin Junkernheinrich, Mitverfasser eines von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachtens zur finanziellen Lage der Kommunen. Analog zur Auffassung der kommunalen Spitzenverbände trat er für ein einjähriges Soforthilfeprogramm und eine grundsätzliche Überarbeitung des Förderprogramms ab dem Jahr 2012 ein. Die in der ersten Stufe geplante Fokussierung auf einen kleinen Kreis von 34 Kommunen als Hilfeempfänger sei nicht zielführend. In einer zweiten Stufe sollten dann aber zumindest die 138 Städte und Gemeinden mit einem Nothaushalt erfasst werden. Eine Einbeziehung der Kassenkredite,

der kommunalen Beteiligungen wie auch der Ausgabenseite in den Kriterienkatalog regte in diesem Zusammenhang Dr. Kerstin Witte (Bertelsmann-Stiftung) an.

Gegen „Überschuldung“ als einziges Kriterium sprach sich auch Norbert Feith (Oberbürgermeister von Solingen) aus. Man dürfe keine Spaltung der Hilfsbedürftigen herbeiführen. Genau dies befürchteten Jochen Dürrman (Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker) und Manfred Abrahams (Fachverband der Kämmerer) durch die geplanten finanziellen Beiträge von Seiten gut aufgestellter Kommunen. Daher müsse in der zweiten Stufe „nachgebessert“ werden, betonte Uwe Bonan (Kämmerer Mülheim/Ruhr).

Das Land solle über den Bundesrat einfordern, dass der Bund die Hälfte der Sozialleistungen übernehme, meinte Michael Makiolla (Landrat des Kreises Unna) ebenso wie Dr. Johannes Slawig (Kämmerer der Stadt Wuppertal). Vor Einnahmeausfällen durch geplante Steuersenkungen des Bundes warnte Dr. Achim Truger (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung).

Der Stärkungspakt stehe und falle mit der Glaubwürdigkeit der Haushaltskonsolidierung der betroffenen Kommunen, unterstrichen demgegenüber Dr. Jörg Hopfe (NRW-bank) und Achim Hoffmann (IHK Hagen). Kommunale Entschuldungsanstrengungen dürften aber nicht zu betriebsbedingten Kündigungen oder einer Flucht aus Tarifverträgen führen, warnen Michael Wiese (Verdi) und Uwe Sauerland (Deutscher Beamtenbund).

Anerkennung für die bisherigen Einsparungen vor Ort reklamierte Lambert Lütkenhorst (Bürgermeister Dorsten): „Wir haben nicht mit dem Geld herumgesaut.“

cw



Ausschussvorsitzende Carina Gödecke im Gespräch mit Prof. Martin Junkernheinrich.

Foto: Schälte

Rettungsschirm für die Musen?

Debatte über finanzielle Zukunft der Stadttheater in NRW

9. November 2011 – Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssen sparen. Auch die Stadttheater bleiben nicht verschont und sind vielerorts von Budgetkürzungen oder Schließung bedroht. Um hier finanziell zu helfen, beteiligt sich das Land an den Betriebskosten. Die CDU-Fraktion will – durch Umschichtungen – die Förderhöhe verdoppeln (Drs. 15/1917). Das Vorhaben stieß im Rahmen eines Expertengesprächs im Kulturausschuss (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) auf ein geteiltes Echo.

Nordrhein-Westfalen ist das Land mit der dichtesten Theaterlandschaft bundesweit. Deren Finanzierung liegt weitgehend in der Hand der Kommunen. Wie aber sieht die Zukunft der Stadttheater in Zeiten leerer Kassen aus? Mit ihrem Antrag will die CDU-Fraktion die Betriebskostenzuschüsse für die 18 kommunalen Theater – derzeit insgesamt rund 10 Millionen Euro – über die von der rot-grünen Landesregierung für 2011 zugesagten zusätzlichen 4,5 Millionen Euro hinaus ab 2012 auf rund 20 Millionen Euro insgesamt verdoppeln. Dies soll durch eine Umschichtung im Kulturhaushalt finanziert werden.

Mehr Beteiligung vom Land

Die Vertreter der kommunalen Ebene begrüßten den Antrag der CDU-Fraktion mit Abstrichen. Land und Kommunen trügen eine gemeinsame Verantwortung für die Theaterlandschaft in NRW. Dr. Gert Fischer, Kulturdezernent der Stadt Mönchengladbach, bezeichnete die vorgeschlagene Verdoppelung der Landesförderung als einen „Schritt in die richtige Richtung“. Er wies aber auch darauf hin, dass die reichhaltige Theater- und Orchesterlandschaft Nordrhein-Westfalens nur mit weiterer Hilfe des Landes erhalten bleiben könne. Klaus Hebborn vom Städtetag forderte Bund und Länder dazu auf, die kommunale Finanzsituation nachhaltig zu verbessern und die Kommunen mit Finanzmitteln „auch und gerade im Bereich der Kulturförderung“ auszustatten. „Werden Theater geschlossen, so wird die Kultur

insgesamt beschädigt“, so Hebborn. Der Kölner Dezernent Prof. Georg Quander machte darauf aufmerksam, dass die städtischen Theater- und Orchesterbetriebe über die Stadtgrenzen hinaus ein kulturelles Angebot absichern, also Aufgaben zugunsten Dritter aber im Wesentlichen zu Lasten des eigenen städtischen Haushaltes übernehmen. Aus diesem Grund, so Quander, „ist es in den meisten anderen Bundesländern üblich, dass die Länder sich an diesen Sonderlasten der theater- und orchestertragenden Kommunen beteiligen“. Die Vertreter der freien Theaterszene und der Soziokulturellen Zentren kritisierten den Antrag der CDU-Fraktion und monierten, dass dieser ausschließlich das Stadttheater hervorhebe und die freien Theater unberücksichtigt lasse. „Die freien Theater und Theatergruppen sowie die Soziokulturellen Zentren spielen neben vielen anderen Kultureinrichtungen mittlerweile eine ebenso große Rolle im kulturpolitischen Diskurs und bei den künstlerischen Angeboten wie die Stadttheater“, erklärte Rainer Bode von der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren in NRW.

Gerechtere Verteilung der Kulturmittel

Dem schloss sich auch Holger Bergmann (Künstlerischer Leiter des Ringlokschuppen Mülheim an der Ruhr) an und appellierte in Richtung Landespolitik: „Kulturförderung muss die Theaterformen im Ganzen berücksichtigen.“ In diesem Zusammenhang wiesen die Vertreter

der kommunalen Ebene darauf hin, dass durch die vorgeschlagene Umschichtung im Kulturhaushalt nicht nur Einbußen bei der freien Szene entstünden, sondern in allen Kulturbereichen.

Die freie Szene brauche die Stadttheater, die Stadttheater die freie Szene: Expertenübergreifend kritisierten daher die Sachverständigen den Vorschlag der CDU-Fraktion, die Verdoppelung des Betriebskostenzuschusses durch Umschichtungen im Kulturhaushalt zu finanzieren. „Dieser Überlegung kann nur zugestimmt werden, wenn die Mittel nicht aus anderen Fördertöpfen aufgebracht werden. Eine solche Umschichtung wäre kontraproduktiv, weil Gleichgewichte gestört würden und die freie Theaterszene Einbußen hinnehmen müsste“, erläuterte Hebborn. Bode forderte einen Theaterpakt zwischen den städtischen Betrieben und der freien Szene: „Wenn die Theater noch mehr bekommen, bekommen wir nichts mehr.“ Auch der Direktor des Deutschen Bühnenvereins Rolf Bolwin lehnte die vorgeschlagene Umschichtung ebenso entschieden ab wie einen möglichen Versuch, über Strukturveränderungen in der gesamten Theaterlandschaft Kosten einzusparen. *Gordana Zečić*

Weitere Beratung

Der Antrag der CDU-Fraktion „Zukunft der Stadttheater in Nordrhein-Westfalen sichern – Stabilität und Weiterentwicklung von Strukturen ermöglichen“ wird im Kulturausschuss weiter beraten.

Aus den Fraktionen

CDU fordert härtere Strafen für Vandalismus und Metaldiebstahl auf Friedhöfen

Schwindender Respekt vor Allgemeingut und fremdem Eigentum haben vielerorts eine neue, erschreckende Qualität erreicht. Bundesweit häufen sich Berichte über Vandalismus auf Friedhöfen. Immer häufiger werden Gräber beschädigt, Grabsteine beschmiert oder Blumenschmuck entwendet. Zudem ist immer häufiger zu beklagen, dass Grabkreuze und -lichter, Madonnen-, Heiligenfiguren, Vasen und andere Metallgegenstände gewaltsam aus der Grabverankerung herausgebrochen werden, um später Erlöse aus dem Verkauf dieser Metalle zu erzielen. Vor diesem Hintergrund fordert die CDU-Landtagsfrak-



Peter Biesenbach (CDU)

tion in Nordrhein-Westfalen eine härtere Bestrafung der Täter und damit eine Änderung des Strafgesetzbuchs.

„Vandalismus und Metaldiebstahl auf Friedhöfen sind zutiefst pietätlose und unmoralische Straftaten.“ Das erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Peter Biesenbach. „Friedhöfe sind Orte des Friedens und der letzten Ruhe. Wer hier Gegen-

stände beschädigt, zerstört oder entwendet, missachtet nicht nur den Achtungsanspruch des Verstorbenen, sondern auch das Pietätsgedühl der Angehörigen sowie der Allgemeinheit. Vandalismus und Metaldiebstahl auf Friedhö-

fen dürfen somit unter keinen Umständen bagatellisiert werden, sondern müssen durch eine Änderung des Strafgesetzbuches härter sanktioniert werden.“ Konkret gehe es beispielsweise darum, den Diebstahl von Gegenständen von Gräbern, also den „Grabdiebstahl“, als Regelbeispiel für einen besonders schweren Fall des Diebstahls mit einem möglichen Freiheitsstrafmaß von mindestens drei Monaten ins Strafgesetzbuch aufzunehmen. Die CDU-Fraktion hat hierzu einen Antrag verabschiedet, den sie in Kürze in den Landtag einbringen wird. ■



DIE LANDTAGSFRAKTION

Demokratie stärken – Rahmenbedingungen für kommunales Ehrenamt verbessern

In NRW sind in den kommunalen Parlamenten über 20.000 Bürgerinnen und Bürger aktiv. Sie engagieren sich ehrenamtlich als Ratsmitglied oder Kreistagsmitglied, sind in einer Bezirksvertretung tätig oder arbeiten als sachkundige Bürgerin bzw. als sachkundiger Bürger in einem Ausschuss mit. Damit dieses Ehrenamt mit den beruflichen Verpflichtungen vereinbar ist, gibt es einen rechtlichen Freistellungsanspruch gegenüber dem jeweiligen Arbeitgeber. Das Problem ist, dass insbesondere Arbeitnehmer in Gleitzeit oder mit vollständig flexiblen Arbeitszeiten aufgrund der derzeitigen gesetzlichen Regelung keine Möglichkeit haben, einen solchen Freistellungsanspruch geltend zu machen. Sie müssen ihre beruflichen Arbeitsverpflichtungen im Voraus erbringen oder aber nachholen. Eine weitere Schwierigkeit ist, dass die Mandatsträger in unseren Städten

und Gemeinden wegen der Vielzahl der Vorlagen nicht nur ein zeitliches Problem haben; ihnen fehlen oft auch notwendige Vorkenntnisse. Die zunehmende Komplexität der zu entscheidenden Dinge erfordert eine immer umfangreichere Einarbeitungszeit, häufig auch spezifische rechtliche und betriebswirtschaftliche Kenntnisse.

Die SPD-Fraktion hat nun die Initiative für ein Gesetz ergriffen, das die Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung des kommunalen Ehrenamtes verbessert. Den gestiegenen inhaltlichen Ansprüchen soll beispielsweise durch eine angemessene Fort- und Weiterbildung Rechnung getragen werden. Zur Teilnahme an kommunalpolitischen Bildungsveranstaltungen wird ein Urlaubsanspruch des Mandatsträgers von acht Arbeitstagen in jeder Wahlperiode eingeführt, bei dem für den Verdienstausschlag und die Kinderbe-

treuung eine Erstattung durch die Kommunen erfolgt. Bei Mandatsträgern mit flexiblen Arbeitszeiten wird für die Gleitzeit, die nicht zur Kernarbeitszeit gehört, ein Freistellungsanspruch von 50 Prozent der für die Mandatswahrnehmung aufgewendeten Zeit durch Zeitgutschrift auf dem Gleitzeitkonto gewährt. Für diese Zeitgutschrift besteht dann ein Anspruch auf Verdienstausschlagentschädigung.

Das Gesetz soll nach den Abstimmungsgesprächen mit den anderen Landtagsfraktionen noch in diesem Jahr eingebracht und dann – möglichst mit einer breiten Mehrheit – beschlossen werden. ■



Industrialisierung und Klimaschutz – NRW macht's vor

Kaum ein internationales Abkommen ist gemessen an seiner öffentlichen Aufmerksamkeit so erfolgreich gewesen wie das Kyoto-Protokoll zur Senkung der Treibhausgase. Gerade veröffentlichte die EU eine breit angelegte Studie, in der über zwei Drittel der Europäer den Klimawandel als sehr ernstes Problem betrachten. Doch bereits im nächsten Jahr läuft das Kyoto-Protokoll aus und die anstehenden Klimaverhandlungen in Südafrika werden als die letzte Chance für das Erreichen eines Nachfolgeabkommens gesehen. Dabei hatten sich Industrie- und Entwicklungsländer



bereits in Cancún darauf geeinigt, die globale Erwärmung auf 2 Grad zu begrenzen.

Dieser Verpflichtung müssen gerade Länder wie NRW, die historisch bereits stark zum Klimawandel beigetragen haben, zukünftig nachkommen. Weltweit steht NRW als Land auf Platz 27 der Wirtschaftskraft und auf Platz 22 der absoluten Gesamttreibhausgasemissionen. Dieser Verantwortung möchte die Landesregierung

nun gerecht werden und hat ein Klimaschutzgesetz eingebracht, das zum ersten Mal die Reduktionsziele verbindlich festschreibt. Bis 2020

sollen 25 Prozent und bis 2050 80 Prozent der Emissionen gegenüber 1990 eingespart werden. Eine Veranstaltung der Grünen Landtagsfraktion mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, der Kommunen und der politischen Ebene zeigte die Chancen auf, die ein ehrgeiziger Klimaschutz in NRW eröffnet. Gerade als Industrie- und Energieland kann NRW dabei Vorreiter werden für einen Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Kraft-Wärme-Kopplung, der Energieeffizienz und Einsparung und damit Modell stehen für die Vereinbarkeit von Klimaschutz und Wirtschaftsförderung. ■



Romberg: Marathondienste in Krankenhäusern unterbinden

Große Sorge bereitet dem gesundheitspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Stefan Romberg, die unverändert hohe Zahl von Arbeitszeitverstößen an Krankenhäusern in NRW. „Neben den Ärzten leiden vor allem die Patienten unter den Marathondiensten. Die Überlastung kann nicht nur zu einer Beeinträchtigung der Versorgungsqualität führen, sondern im Einzelfall sogar zu einer konkreten Gefährdung eines Patienten“, warnt der Gesundheitsexperte. Seit Jahresbeginn wurden 61 Abteilungen an 20 Krankenhäusern in NRW überprüft und dabei insgesamt 98 Verstöße festgestellt, von denen bis jetzt kein einziger geahndet wurde. Das musste die Landesregierung auf Nachfrage der FDP einräumen. So wurde beispielsweise in 11 Fällen eine Schichtlänge von 24 Stunden überschritten und 30-mal wurde die zulässige Inanspruchnahme im Bereitschaftsdienst

überstiegen. „Die Landesregierung darf nicht länger tatenlos bleiben.“ Dass trotz massiver Zuwiderhandlungen kaum Konsequenzen gezogen werden, empört Romberg. „Bei Arbeitszeitverstößen in anderen Branchen, sei es bei Lenkzeiten von Lkw-Fahrern oder im Einzelhandel, werden Verwarnungen ausgesprochen oder Bußgelder verhängt. Auf den Krankenhausbereich legt die Landesregierung schützend die Hand, das ist weder gerecht noch verantwortungsvoll.“ Auf Initiative der FDP war Anfang 2010 erstmals eine Schwerpunktprüfung der Arbeitsschutzbehörden in Krankenhäusern erfolgt, zwei weitere landesweite Stichprobenprüfungen folgten. Dabei sind erhebliche Arbeitszeitverstöße aufgedeckt



Stefan Romberg (FDP)

und dokumentiert worden. „Diese Ergebnisse belegen, dass die Landesregierung endlich Maßnahmen ergreifen muss, um für die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeiten an Kliniken zu sorgen“, erklärt Romberg. Die FDP-Fraktion macht die Marathondienste deshalb zum Thema im Landtag und fordert SPD und Grüne auf, endlich ein Konzept zu erarbeiten, mit dem der

Arbeitnehmerschutz und somit auch die Patientensicherheit in den Kliniken nachhaltig verbessert werden. ■



Konversion und Abrüstung statt Kasernen-Rettung!

Nun liegt also das neue Standortkonzept der Bundeswehr vor. Wie erwartet, beginnt über die Parteigrenzen hinweg ein Wettbewerb um die „Rettung“ einzelner Standorte. Die Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW und unsere Landespartei lehnen es ab, sich daran zu beteiligen. DIE LINKE versteht sich als pazifistische Partei und betrachtet entsprechend keinen Bundeswehrstandort als erhaltenswert.

Auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive sehen wir keine Begründung für ihre Erhaltung. Die Bundeswehr ist ein vom Steuerzahler finanziertes Unternehmen, das keinerlei Produktivität entfaltet und den Kommunen keine direkten Einnahmen bringt. Von der Bundeswehr abhängige Arbeitsplätze vor Ort sind somit ebenfalls indirekt staatlich finanziert. Es ist friedens- und wirtschaftspolitisch weit sinnvoller, nachhaltigen

Ersatz für diese Arbeitsplätze durch Konversionsprojekte zu schaffen, als Kasernen zu bewahren.

Es ist ein sträfliches Versäumnis, dass das Verteidigungsministerium sein Standortkonzept ohne ein begleitendes Konversionskonzept vorgelegt hat. Dem Ministerium geht es wohl lediglich darum, den schon lange angestrebten Umbau der Bundeswehr unter Hinweis auf die Sparvorgaben voranzutreiben. Die Konsequenzen und die Kosten dieses Umbaus werden rücksichtslos zu Lasten der Kommunen externalisiert. In der Folge muss jede Gemeinde für sich auf die Suche nach einer geeigneten Finanzierung und passenden Konzepten der Konversion gehen. Dass sich daraus Unsicherheiten, Konflikte und Lobbytätigkeit in Land und Kommunen entfalten, muss für das Verteidigungsministerium vorhersehbar gewesen sein – wenn nicht sogar

gewünscht. Denn dies sichert die maximale Ablenkung von der eigentlich wesentlichen Entwicklung: Die Bundeswehr wird zu einer schlanken Kriegs- und Interventionsarmee umgebaut. Damit die Debatte wieder um diesen eigentlich wesentlichen Punkt geführt werden kann, muss nachgeholt werden, was das Bundesministerium für Verteidigung bisher versäumt hat: DIE LINKE fordert ein Bundesprogramm für Konversion unter der Aufsicht eines Bundesbeauftragten für Konversion (BT-Drs. 17/7504). Angesichts der geringen Chancen auf die Verwirklichung dieser notwendigen Korrektur drängt die Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW darauf, ein Landesamt für Konversion und Abrüstung einzurichten. ■



Teil haben

Fachleute diskutierten Entwurf eines ersten NRW-Integrationsgesetzes

9. November 2011 – Einen Tag nach dem Festakt „50 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen“ haben Fachleute im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) über den Entwurf eines Integrationsgesetzes der Landesregierung diskutiert (Drs. 15/2944). In den vergangenen Jahren hatte der Landtag eine Integrationsoffensive sowie einen Aktionsplan beschlossen. Ein Integrationsgesetz gibt es bisher nicht.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
15. Wahlperiode

Drucksache 15/2944

05.10.2011

Gesetzesentwurf

der Landesregierung

Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften

A Problem

... die Notwendigkeit einer systematischen Gestaltung der ... der Bundesebene hat das ... Aufenthalts...

Kern des Entwurfs ist die Einrichtung von Kommunalen Integrationszentren (KIZ). Die 27 bestehenden Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) sollen sich vor Ort entsprechend zu solchen KIZs weiterentwickeln. Dabei betonte Reiner Limbach vom Landkreistag: „Das Integrationszentrum ist nur ein Instrument.“ Im Münsterland und in Ostwestfalen-Lippe gebe es heute keine einzige RAA – Integrationsarbeit erfolge dort aber sehr wohl.

Solche kommunalen Unterschiede müsse der Landtag bei den KIZ-Förderrichtlinien berücksichtigen, forderte Hans-Gerd von Lennep vom Städte- und Gemeindebund: „Integration findet vor Ort statt.“ Betroffene müssten die für ihre Integrationsstruktur jeweils beste Lösung mit erarbeiten. Schließlich solle das Landesgeld auch tatsächlich bei den Migranten ankommen, betonte Lennep.

Die Umwandlung der RAAs in KIZs berge Chance und Risiko zugleich, meinte Andreas Johnsen von der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Die Chance: Hauptzielgruppe seien weiterhin Kinder und Jugendliche. Das Risiko: Die zukünftige Aufgabe der Zentren werde deutlich komplexer, da sie laut Gesetz dann als zentrale Koordinationsstelle für die kommunalen Integrationsaktivitäten fungierten. Die Bonner Integrationsbeauftragten Coletta Manemann dazu: „Wir freuen uns darauf, dass RAAs zukünftig noch mehr in den Integrationsbereich

wachsen.“ Allerdings sei vielen Beteiligten noch unklar, wie diese Zukunft konkret aussehe.

Mit dem Gesetzesentwurf sei NRW auf dem richtigen Weg, lobte Dr. Uwe Hunger vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. „Das hat eine symbolische Wirkung, die man nicht unterschätzen darf, gerade im Ausland.“ Jedoch empfahl er, auch frühkindliche Bildung, Hausaufgabenbetreuung und die Rolle der politischen Partizipation im Gesetz zu berücksichtigen. Hartmut Reiners von der Stiftung Leben ohne Rassismus forderte desweiteren, den Diskriminierungsschutz entsprechend vorhandener EU-Vorgaben zu verschärfen. Klar sei aber auch, dass die gesamte Breite des Themas den vorgelegten Text sprengen würde. „Deshalb halten wir ein Landes-Anti-Diskriminierungsgesetz für notwendig“, unterstrich Isabel Teller vom Gleichbehandlungsbüro Aachen.

ANPASSUNGSBEDARF

Werde das Integrationsgesetz beschlossen und umgesetzt, kostet dies das Land laut Entwurf rund 11,6 Millionen Euro. Ihm sei nicht klar, wo das Geld angesichts der prekären Haushaltslage herkommen solle, gab Dr. Burkhard Kämper vom Katholischen Büro zu bedenken. Inhaltlich unklar blieben für ihn auch die Folgen für den Krankenhausbetrieb. Laut Gesetzesbegründung müssten Kliniken ihren Betriebsablauf dem Umgang mit Migrantinnen und Migranten

angemessen anpassen. Dies sei zwar berechtigt, sagte Kämper. Doch: „Da braucht man konkrete Angaben, was das bedeutet.“

Limbach kritisierte zudem die von der Regierung geplante Verschmelzung der bisherigen Unterbringungs- und Sozialleistungspauschale für Flüchtlinge/Aussiedler in Übergangswohnheimen zu einer einzigen Integrationspauschale. Seine Befürchtung: Die Kreise verlören so Landesgelder, die sie über die Kreisumlage finanzieren müssten. Ähnlich äußerte sich von Lennep. Er forderte das Land auf, zu prüfen, ob es den Kommunen bei Krankenhauskosten für Flüchtlinge ab einer bestimmten Höhe zusätzlich unter die Arme greifen könne – Hessen mache dies so.

Darüber hinaus appellierte Dr. Hedda Weber vom Evangelischen Büro, nicht zwischen Menschen mit dauerhaftem und befristetem Aufenthalt zu unterscheiden. Ähnlich drängten Johnsen wie auch Tayfun Keltok vom Landesintegrationsrat darauf, Flüchtlinge explizit mit einzuschließen. Johnson: „Das Gesetz erweckt den Eindruck, dass es vom Aufenthaltsstatus abhängt, ob Integration stattfinden soll und kann.“ Abseits davon vermisste Erol Celik vom Elternnetzwerk NRW „Integration miteinander“ den Bezug zur Friedhofsordnung: Viele Migranten seien mittlerweile alt und die Frage der Bestattung akut. Kommunen müssten deshalb etwa muslimische Friedhöfe ausweisen dürfen, forderte Celik: „Integration endet nicht mit dem Tod.“

bra

Porträt: Ralf Witzel (FDP)



Parteifreunde wundern sich längst nicht mehr, wenn nachts um zwei Uhr eine E-Mail einläuft. Der Absender ist bekannt: Ralf Witzel, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, macht die Nacht gern zum Tag, wenn es eilt. „Ich bin vor Arbeit nicht fies“, fällt der gebürtige Essener in die Sprache des Ruhrpotts. Witzel versteht sich – ganz „Ruhri“ – als fleißiger Malocher, der sich voll reinhängt, um Polit-Projekte voranzutreiben.

Der 39-jährige Liberale ist seiner Heimatstadt als Kind des Reviers stets treu geblieben. Aufgewachsen in einem Essener Hochhaus, Schule, Studium der Betriebswirtschaft mit Abschluss Diplom-Kaufmann, ab 2000 einziger FDP-Landtagsabgeordneter im Ruhrgebiet. Seit 2005 organisiert Witzel die Arbeit der FDP-Fraktion und gilt gemeinhin mit seinem Vorsitzenden Gerhard Papke als schärfster Kritiker einer staatlichen Bevormundungspolitik. „Es treibt mich um, dass die Freiheit durch Vorschriften und Verbote der Tabuwächter zentimeterweise stirbt“, setzt Witzel das Modell des mündigen Bürgers dagegen. Argumente statt Verbote.

Der FDP-Politiker spricht gern Klartext. Damit hat er sich beim politischen Gegner über die Jahre hinweg wenig Freunde gemacht. „Ich bin nicht gerade als linkes Schreckgespenst bekannt“, schmunzelt Witzel. Er wirbt für eine Politik, die auf Leistung und bildungspolitische Chancengerechtigkeit setzt. Beim jüngsten Schulkonsens hat sich die FDP verweigert. Witzel fürchtet, dass mit der neuen Sekundarschule der Leistungsgedanke auf Dauer weiter Schaden nehmen wird. Bessere Bildung und Betreuung standen für den überzeugten Bildungspolitiker schon in der schwarz-gelben Koalition in NRW ganz oben auf der Agenda.

Auch wenn den Liberalen derzeit bundesweit der Wind heftig ins Gesicht weht, pocht Witzel auf den Markenkern der FDP. „Wer morgens aufsteht, muss es besser haben.“ Soziale Gerechtigkeit als Leistungsgerechtigkeit – diese Botschaft wird sich aus Sicht des Liberalen auf Dauer wieder durchsetzen. „Es ist ein Klischee,

dass die FDP die Partei der Superreichen ist.“ Dass es in der Vergangenheit „kommunikative Fehler“ gegeben hat und die Landespartei unter dem schlechten Bild der Berliner leidet, räumt Witzel unumwunden ein.

In NRW haben die Liberalen nach dem Regierungswechsel und einer gewissen Anlaufzeit ihre Rolle in der Opposition angenommen. „Jede Rolle hat ihren Reiz“, betont Witzel. Das Land brauche eine funktionsfähige Opposition, um den „Schönsprech“ der rot-grünen Minderheitskoalition Kraft zu hinterfragen. Zuletzt hat die FDP allerdings überrascht, als sie Rot-Grün eine mögliche Zustimmung zum kommunalen Rettungspakt in Aussicht stellte. Witzel sieht darin keinen Strategiewechsel oder gar die Öffnung für eine spätere rot-gelb-grüne Ampelkoalition. Wenn sich aber die Chance biete, dass die FDP eigene politische Ziele durchsetzen könne, müsse die Partei diese auch nutzen. „Wir sind keine Ampelmänner. Es wäre aber ein strategischer Fehler, wenn wir uns einseitig auf alle Zeiten limitieren würden.“

Witzel lobt das weiterhin ungetrübte Verhältnis zu den Kollegen der CDU. Der FDP-Geschäftsführer freut sich aber über das erkennbare Bemühen der SPD um persönlich-menschliche Kontakte. Die Distanz zu den Grünen sei allerdings relativ groß, schon weil die Lebensstile oft sehr unterschiedlich sind. Witzel setzt unbeirrt auf die Philosophie der FDP – Privat vor Staat. Da scheiden sich die Geister von Rot-Grün und Liberalen.

Ob der Rund-um-die-Uhr-Politiker überhaupt noch Zeit für Persönliches findet? Der ledige Liberale hat sein Hobby zum Beruf gemacht. In der knapp bemessenen Freizeit besucht er Freunde, Familie oder geht ins Theater. Und wenn mal überraschend keine Termine am Wochenende anstehen, holt Witzel das Rad aus der Garage und strampelt eine Runde um den idyllischen Essener Baldeneysee.

Einen persönlichen Grundsatz pflegt der Liberale: kein Doppelmandat. Um sich nicht zu verzetteln, sitzt Witzel parallel zum Landtag nicht auch noch im Essener Stadtrat. Ralf Witzel ist ein typischer homo politicus. Schon mit 14 Jahren zog es ihn zu den Jungen Liberalen – von 1994 bis 2003 war er deren Landesvorsitzender. Für seine Überzeugungen lasse er sich gern beschimpfen, demonstriert Witzel Willensstärke. In Plenum wie Landtagsausschüssen gehört der stets gut vorbereitete Ruhrpöttler laut Protokoll zu den emsigsten Fragestellern. „Die Politik im Parlament muss transparent sein“, wirbt Witzel für einen offenen Streit über den richtigen Weg. „Politik wird langweilig, wenn alles weichgespült wird.“ Diese Gefahr besteht beim überzeugten Ordnungspolitiker sicher nicht.

Wilfried Goebels

Runder Geburtstag

Sein 50-jähriges Jubiläum feierte im Oktober das Evangelische Büro Nordrhein-Westfalen. Seit 1961 pflegen hier die Beauftragten der drei Landeskirchen – der Evangelischen Kirche im Rheinland, der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Lippischen Landeskirche – die Verbindungen zum Landtag und zur Landesregierung bzw. zu den einzelnen Ministerien. Zur gesellschaftspolitischen Verantwortung gehören aber auch Kontakte zu verschiedensten Verbänden und Vereinigungen auf Landesebene.

In den ursprünglichen Dienstanweisungen ist an erster Stelle die Aufgabe genannt, „das politische Leben im Land Nordrhein-Westfalen“ zu beobachten, so die Festschrift zum Jubiläum. Aber ebenso sollen „die Abgeordneten, die Mitglieder der Landesregierung und die Beamten über Stellungnahmen der Synoden und Kirchenleitungen zu Fragen des öffentlichen Lebens“ unterrichtet werden. Themenschwerpunkte lagen und liegen auf den Gebieten von Kultur und Bildung, wozu auch Themen wie Sonntags- und Feiertagsschutz und Denkmalpflege gehören. Von Anfang an wurde aber auch dem seelsorgerischen Auftrag des „Beauftragten der drei evangelischen Landeskirchen bei Landtag und Landesregierung“ ein hoher Stellenwert beigemessen.

Vor dem Hintergrund dieser engen Beziehung zwischen Kirche und Politik freute sich der derzeitige Beauftragte, Kirchenrat Rolf Krebs, bei der Jubiläumsfeier am 18. Oktober über Grußworte sowohl von Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg als auch von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. In seiner Gratulation hob Uhlenberg hervor, das evangelische Büro habe den Spagat von „Kritiker der Politik“ und „Werber für die Politik“ immer erfolgreich gemeistert.

cw

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen Eckhard Uhlenberg
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),
Sonja Wand (sow, Redakteurin),
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Redaktionelle Mitarbeit:

Sebastian Wuwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Armin Laschet MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marc Herter MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Sigrud Beer MdL (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Özlem Alev Demirel MdL (Linke), Parlamentarische Geschäftsführerin; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Sebastian Schaffer (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Florian Kaiser (Linke), Pressesprecher.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg
Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 16. November bis 6. Dezember 2011

17.11. Brunert-Jetter, Monika (CDU)	56
19.11. Schulze Föcking, Christina (CDU)	35
21.11. Golland, Gregor (CDU)	37
22.11. Roth, Wolfgang (SPD)	62
22.11. Schäffer, Verena (Grüne)	25
28.11. Börschel, Martin (SPD)	39
29.11. Weiß, Rüdiger (SPD)	51
30.11. Sieveke, Daniel (CDU)	35
3.12. Dr. Droste, Wilhelm (CDU)	51
3.12. Ratajczak, Marc (CDU)	38

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

24.11. Schwickert, Klaus (SPD)	80
--------------------------------	----

Besondere Bedeutung

Gleich zwei Ausstellungen, vom Thema her unterschiedlichster Natur, aber beide von herausragendem Belang, sind jüngst im Landtag gestartet und auch noch die nächsten Wochen für Gäste geöffnet: „Deportiert ins Ghetto“ zum 70. Jahrestag der jüdischen Deportation (bis 24. November) und „Geteilte Heimat“ anlässlich 50 Jahren deutsch-türkischem Anwerbeabkommen (bis 2. Dezember). Bei beiden Themen mag ein erster Zugang über Bilder gelingen. Entsprechende Eindrücke sind daher über Video auf der Internetseite zu finden (www.landtag.nrw.de).

Treffen & Termine

17.11.2011 Empfang 25 Jahre NRW-Stiftung

Ab 28.11.2011 der Landtag im Weihnachtsschmuck

29.11. Parlamentarischer Nachmittag Landesmusikrat, Chorverband und Volksmusikerverbund NRW

30.11.2011, 18.00 Uhr Lesung im Landtag

2.12.2011 Jugendforum des Europäischen Parlaments im Landtag NRW

5.12.-22.12. Ausstellung: Menschen mit Behinderung – versteckt, verwahrt, gefördert, inkludiert Evangelische Stiftung Hephata

5.12.-22.12. Ausstellung: Hak Dich ein – Ein inklusives Kunstprojekt Lebenshilfe

7.12. Tagespräsentation Weihnachtsaktion kirchlicher Jugendverbände

8.12. Ausstellung zum Internationalen Jahr der Wälder
Nächstes Plenum mit neuer Ausgabe von Landtag Intern 7./8. Dezember 2012.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Kirchenrat Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, luden vor der Plenarsitzung ein: am 17. November 2011 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



In der Großen Halle des Volkes ...

... empfing der Vizevorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses im Oktober eine hochrangige Delegation aus Nordrhein-Westfalen unter Leitung von Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (Mitte). Die Einladung der chinesischen Partnerprovinz Jiangsu führte die Gruppe, der Abgeordnete aller fünf Fraktionen sowie der Vorsitzende der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe Dr. Fritz Behrens angehörten (links), nach China. Neben dem gemeinsamen Anliegen, die freundschaftlichen Beziehungen und das gegenseitige kulturelle Verständnis weiter zu vertiefen, ging es auch um einen konkreten Erfahrungsaustausch. Von besonderem Interesse war für die chinesischen Gesprächspartner der Strukturwandel im Ruhrgebiet. Die Provinz Jiangsu als wirtschaftlich stärkste Region Chinas steht vor ähnlichen Herausforderungen. Im Juni dieses Jahres hatte der Landtag bereits eine Delegation aus der chinesischen Partnerprovinz im Düsseldorfer Parlamentsgebäude empfangen.

Foto: Hartmann

